

abends

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion, Dresden-N. 16, Postelstraße 46
Fernsprecher 21366
Postcheckkonto Leipzig Nr. 14797

Bezugspreis:
Ausgabe A mit illust. Beilage vierteljährlich 2.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3.30 M. in Oesterreich 3.40 K.
Ausgabe B vierteljährlich 2.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3.- M.; in Oesterreich 3.30 K.
Eingel.-Nummer 10 J.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Sonntagen nachmittags.

Anzeigen:
Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm.
Preis für die Petit-Spaltzeile 25 J. im Rahmen 40 J. Familien-Anzeigen 20 J.
Für unentgeltlich gelieferte, sowie durch Gewerbetreibende aufgebundene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.
Sprechstunde der Redaktion: 11-12 Uhr vorm.

Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen. Organ der Zentrumspartei.

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Feiertabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Die Zentrumsversammlung in Dresden.

Dresden, 13. Januar. In Ergänzung unseres Stimmungsbildes vom Sonnabend lassen wir nunmehr den ausführlichen Bericht über die glanzvolle planvolle Kundgebung am Freitag folgen:

Pünktlich 1/8 Uhr eröffnete der Vorsitzende der Partei Herr Fabrikbesitzer A. Schmidt die städtische Versammlung. Er begrüßte die beiden Redner, die trotz aller Hindernisse es sich nicht hatten nehmen lassen zu erscheinen, und dankte den so zahlreich erschienenen Parteifreunden für ihr Kommen. Sodann erteilte er das Wort dem ersten Redner Herrn Universitätsprofessor Dr. Strieder-Leipzig zu dem Referat

Alte und neue Ziele der Zentrumspartei.

Redner schilderte zunächst die innere und äußere Umwandlung, die die deutschen politischen Parteien durch die Revolution durchgemacht haben, und der sich das alte Zentrum auch nicht ganz hat entziehen können. Aber die Hoffnung seiner Gegner, daß es infolge des Umsturzes zerfallen würde und sein rechter Flügel sich den Konservativen, sein linker den Sozialisten anschließen würde, werde sich nie erfüllen. Der Redner erörterte nun eingehend die Haltlosigkeit der Behauptung, das Zentrum sei eine konfessionelle Partei. Heute mehr wie je ist das Gegenteil der Fall. Der Kampf um den christlichen Staat hat die Reihen der Partei sich enger schließen lassen, die Wahlfähigkeit der radikalen Sozialisten, die christlichen Arbeiter fester an die Partei gekittet. Das Zentrum ist von allen Parteien die einzige, die sämtliche Stände und Klassen umfaßt und nicht unter materiellen, sondern ideellen Gesichtspunkten den Gegensatz der wirtschaftlichen Interessen auszugleichen sucht. Seine bisherige Wirtschaftspolitik hat bewiesen, daß es sich stets auf richtigem Wege befand. Aber es wäre ein Zeichen politischer Erstarrung, würde die Revolution ganz ohne jede Wirkung auf die Partei gewesen sein. So sehen wir die Abspaltung des bayrischen Zentrums als Bayerische Volkspartei zwar mit Bedauern, aber zugleich mit der festen Gewißheit, daß in der Nationalversammlung beide Parteien einmütig Hand in Hand gehen werden. Die innere Wandlung, die die Partei infolge des Umsturzes durchmacht, erfährt man am besten aus den Zeitungen, die auf der Reichskonferenz der Partei zu Frankfurt a. M. aufgestellt wurden. Redner verbreitete sich nun eingehend über dieses Programm.

Auch derjenige, der den Pazifismus ablehnt, müsse heute die Völkerverbundidee verwirklichen wollen. Für die Partei sei diese Forderung eine folgerichtige Fortsetzung ihrer bisherigen Politik (Reichstagsauflösung). Keineswegs bedeute dies ja Aufgabe demokratischer Lebensbedingungen, im Gegenteil, wir fordern Freiheit der Meere, freien Handel und Kolonien.

Sowie der Schutz nationaler Minderheiten in Deutschland erfolgen soll, so energisch verlangen wir, daß unsere deutschen Brüder im Auslande in keiner Weise unterdrückt werden. Die internationale Regelung der Arbeiterfragen ist wohl eine der wichtigsten der außenpolitischen Bestrebungen des Zentrums. Innenpolitisch verlangt das Zentrum bei Gewährung des freiesten Wahlrechtes auch für die Kommunalparlamente die Wahlpflicht. Gleiches Recht auf Teilnahme an allen Staatsaufgaben besitzend Mängel und Klassenherrschaft und gebe freie Bahn dem Tüchtigsten. (Lebhafte Beifall.) Verfassungsrechtlich erstreben wir ein selbstgefügtes Reich auf bundesstaatlicher Basis. Redner ging nun länger auf die Abtrennungsbestrebungen der Rheinländer und Westfalen ein. Wohl gemerkt, dies richte sich nur gegen Preußen, nicht gegen das Reich. Und wer wolle es ihnen verdenken, wenn sie die Gemeinschaft mit Berlin lösen wollen, dem Berlin Adolf Hoffmanns wie Liebknechts. Wir stören nicht die Reichseinheit, wohl aber die, welche in kulturkämpferischer Verbildung die tiefgewurzelte Treue zur Kirche zerstören wollen und vielleicht dadurch den Anschluß Deutschösterreichs verhindern.

In unserem Wirtschaftsleben hat die Arbeiterklasse einen ausschlaggebenden Einfluß. Eine völlige Verkennerung der Situation ist aber die Absicht der Sozialisten beider Richtungen, das Erfurter Programm zu verwirklichen. Der Verband wird nach Kräften die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens aus Furcht der Wirkung auf die eigene verhindern, und ein völliger Zusammenbruch ist unvermeidlich. Schon heute ist anstatt kräftigem Aufbau lähmende Verwirrung eingetreten. Ueber fünf Milliarden Mark ist von der erschreckten Bevölkerung dem Wirtschaftsleben entzogen worden. Höchst Zeit wird es, daß die Nationalversammlung die neuen Wege weisen wird. Sie wird

die Entscheidung bringen, ob wir einen sozialistischen Massenstaat oder eine soziale Republik erhalten werden. Mit Erfolg werden nur die Parteien kämpfen, die Sozialpolitik getrieben haben. Das Zentrum ist aber eine soziale Partei par excellence. Soziale Politik betreiben bedeutet nun aber nicht einseitige Unterstützung der Arbeiterklasse, nein, jede für den Staat wertvolle Arbeit soll auch seine Förderung durch den Staat erhalten. Arbeiter wie Unternehmer, Industrie wie Landwirtschaft. Eine bedeutende Rolle in der Pflege sozialer Arbeit und Gesinnung wird der nun politisch mündig gesprochenen Frau zufallen. Sie an erster Stelle soll auch mit dem Stimmzettel protestieren gegen die Entchristlichung der Schule und des ganzen öffentlichen Lebens. Sie soll tapfer kämpfen für die Erhaltung des christlichen Kulturideals.

Wir wollen den Rechtskampf aufnehmen. Wir wollen den Kulturkampf führen zwar ohne Fanatismus, aber mit unbegrenztem Willen und der Zuversicht, daß wir siegen werden unter der Devise für Wahrheit, Freiheit und Recht.

Rauschender Beifall lohnte den Redner, der in so fließender und vollendeter Weise das politische Programm entwickelt hatte. Herr Schmidt gab den Gefühlen aller Ausdruck, als er dem Redner herzlich dankte.

Als zweiter Redner erläuterte Herr Rechtsanwalt Dr. Tacke-Wurzen in sehr eingehender Weise die Wahltechnik.

Sein Nachfolger auf der Rednertribüne war Herr Bierer Kirchhain-Verdan. Er sprach von der Versammlung stürmisch begrüßt, über die

„Kirchenpolitische Lage“.

Christliche Schule und Kirche sind heute Mittelpunkt der Wahlkämpfe geworden. Nun scheiden sich die Geister. Si Christ — hi Antichrist! Denn der Sozialismus ist des Christentums Feind. Wohl gab es Leute, die meinten, daß Sozialismus mit dem Christentum verwandt wäre, aber es gibt einen grundlegenden Unterschied. Was mein ist, ist dein, sagt der christliche Kommunist der ersten Gemeinde, was dein ist, sei mein, schreit heute der Vöbel auf der Gasse. Christentum und Sozialismus sind wie Wasser und Feuer. Zwar wollen heute die Führer der Sozialdemokratie uns glauben machen, daß sie mit der Trennung von Staat und Kirche nur das Beste für die Kirche im Auge haben. Aber „wir fürchten die Sozialisten, auch wenn sie Geschenke bringen“. Die Führer der Sozialdemokraten haben die Zügel nicht mehr in der Hand, hinter ihnen stehen die Massen, die höherfüßt die gehaltenen Häute schütteln, wie lange noch hält der Damm? Man hält uns vor, wir hätten im Kriege unsere Gegner unterschätzt, die kirchenscheuenden wollen wir nicht unterschätzen. Ihre dem Christentum feindliche Haltung entspringt der logischen Fortentwicklung ihrer rein materialistischen Idee. Hier steht Logik gegen Logik, Ueberzeugung gegen Ueberzeugung. Wenn es keinen Gott gibt, wozu Religion fürs Volk, wozu Religionsunterricht in der Volksschule. Der Moralunterricht enthält allgemeine Sätze und Gebete von „Gutem, Bahrem und Schönem“ aus Geschichte und Literatur. Steine will man statt Brot reichen. Wer der Schule die Religion raubt, raubt ihr die Seele. Ein Ziehhäus ist die Schule, soll sie ein Zuchthaus werden, wo die Kinder gezwungen werden, an keinen Gott zu glauben? Das ist keine Pädagogik, sondern Demagogik. Das ist kein Fortschritt, sondern Rückschritt. Darum schließt fester die Reihen, darum heiser die Gebete, darum vermehrte die Vereinstätigkeit. Unsere Seele dem Christentum, unser Herz der Schule, unseren Stimmzettel dem Zentrum.

Unsere Woffensgefährten sind die Christen aller Konfessionen, ja jeder an Gott Glaubende. Auf zur Tat auch ihr christlichen Frauen. Möge es heißen: Die christliche deutsche Frau hat die christliche deutsche Schule gerettet. Es ist ein heiliger Kampf, der jetzt ausgefochten wird. Wir wollen nicht Anächte der Reichen werden, wir wollen frei sein wie die Väter waren. In diese Schlacht der Geister wollen wir gehen mit Schloßruf der Kreuzritter Gott will es.

Oft wurde der Redner während des Vortrages durch langanhaltenden Beifall unterbrochen. Am Schluß bewiesen ihm die begeistertsten Jurose und nichtendend vollendes Händeklatschen, wie sehr er die Herzen der Zuhörer bewegt hatte.

Nun wendete sich Fräulein Barbara Kurtzler nochmals speziell an die Frauen. Was verlangt die Frau im neuen Deutschland von der Zentrumspartei? Mitarbeit am Wiederaufbau der menschlichen Gemeinschaft im Geiste christlicher Gerechtigkeit und Liebe. Persönliche Anteilnahme an den schul- und kirchenpolitischen Aufgaben. Freiheit der kirchlichen Caritas und privaten Wohlfahrtspflege, Ver-

mehrung der Mitarbeit an leitender Stelle ganz besonders in Fragen, die Interessen der Frau, der Familie, der Kinder und Jugendlichen betreffen. Ausbau des Lohnverhältnisses der weiblichen Arbeiter. Hier fordern wir eine gerechte und ausreichende Entlohnung, aber auch Arbeit und Arbeitsverhältnisse, die dem Geschlechtscharakter der Frau besser angepaßt sind wie bisher. Ein Hausangestelltengesetz muß die aufgehobene Gefindeordnung ersetzen. Nirgends wird sich die Frauennarbeit so geeignet bemerkbar machen wie auf dem Gebiete des Wohnungs- und Ziehlingswesens. Vor allem aber liegt uns am Herzen die Erhaltung und Förderung der christlichen Ehe und Familie und die Erhaltung des Rechtes der Eltern am Kind. Wir fordern vermehrte Wächnerinnenschutz und Ausbau der Säuglingsfürsorge. Vor allem aber fordern wir christlichen Frauen und Mädchen die Erhaltung und den Ausbau der konfessionellen Schule als alleinige Pflanzstätte für die gesicherte Zukunft und die Erhaltung der sittlich-religiösen Weltanschauung unseres Volkes.

Reicher Beifall lohnte die Rednerin, der Herr Oberredakteur Heßlein-Dresden besonders warm in seinem Schlußwort dankte. Im Namen der Zuhörer versicherte er der Parteileitung, daß die Sächsische Zentrumspartei am 19. Januar ihren Mann stellen werde. Alle Christen, die die kulturkämpferischen Maßnahmen der jetzigen Reichsregierung verabschieden, scharen sich um die kampferprobten Kämpfer der Christuskämpfer. Ja, nicht nur die Christen, alle vottgläubigen Elemente. So traten in Frankfurt a. M. der evangelische Pastor der Katharinenkirche Dr. Schwarzlose und der Rabiner Dr. Benjamin May der Zentrumspartei bei. (Große Beweegung.) In den 70er Jahren fochten wir im Kulturkampf siegreich gegen den Vater Liberalismus, heute werden wir siegen gegen den Sohn Sozialismus. (Großer Beifall.)

Die Unruhen in Berlin.

Der Kampf um die Nacht.

Den Spartakisten und ihrem unabhängigen Anhang scheint angesichts der bislang gezeigten Festigkeit der Reichsleitung der Glaube an den Sieg zu schwinden, denn die „Rote Fahne“ schreibt bereits ziemlich skizzenhaft: „Wie der unmittelbare Ausgang der Krise auch aussehen mag, die letzten Tage, die Krise selbst, ist ein gewaltiger Schritt weiter in der inneren Entwicklung der Revolution, eine neue Etappe auf dem Wege zu ihrem endgültigen Siege.“ Auf den endgültigen Sieg selbst rechnen die Spartakisten jetzt also offenbar nicht und darum verlangt ihr Interesse, daß sie aus diesem Konflikt möglichst glimpflich herauskommen. In diesem Bestreben, das sie natürlich nicht offen bekennen können, erhalten sie von geistungsverwandten Seiten bereitwilligste Hilfe. Es regnet wieder einmal Entschuldigungen, die unbedingt ein Kompromiß zwischen den kämpfenden Parteien herbeiführen wollen. In der „Republik“, die sich immer ungentierter zur ultraradikalsten Farbe bekemt, wimmelt es von solchen Resolutionen und Aufreusen. Die damit verfolgte Politik liegt klar zutage: Spartakus soll nur eine halbe Niederlage erleiden und die Kraft bewahren, demnächst noch besser vorbereitet zum letzten Schlage gegen die Regierung Ebert-Scheidemann und damit gegen jede Demokratie und die Nationalversammlung auszuholen. Nichts aber wäre verhängnisvoller, als wenn die Regierungsgewalten sich jetzt auf solch ein solches Kompromiß einlassen würden. Jetzt ist die letzte Möglichkeit und Gelegenheit geboten, Deutschland vor dem völligen Untergang zu bewahren und noch einmal ist es gelungen, genügend starke Elemente der Ordnung zum Kampfe gegen die Pest des Bolschewismus aufzurufen. Wenn jetzt wieder schlapp gemacht wird, ist alles verloren, dann bleibt nur noch ein Regiment Liebknecht-Redebour übrig und nie mehr wird sich dann das deutsche Volk von seinem tiefen Fall erheben. Tausendmal besser wird jetzt ein Ende mit Schrecken gemacht, als daß wir einen Schrecken ohne Ende durchleben sollen. Das Blut, das jetzt im Bürgerkrieg vergossen wird, kommt über die Häupter jener verbrecherischen Schurken, die während des furchtbaren Weltkrieges sich nicht genug tun konnten in der Predigt des friedlichen Nebeneinander der Völker und der Verurteilung jeden Muthvergießens, und die das Ende des Weltkrieges nicht abwarten konnten, um im eigenen Lande den blutigsten und grausamsten Bruderkrieg zu entfesseln. Ihre Predigt ist jetzt der höllischen Wildheit der Empfindungen, die aus dem höllischen Jurose der „Roten Fahne“ an das Bürgertum spricht: „Gewußt, ihr edlen Herrschaften! Ihr werdet noch diese solche